

Richter ohne Gesetz

Islamische Friedensrichter regeln Streit gegen Bares. Gerichte haben das zuweilen Nachsehen

Daniel Freudenreich

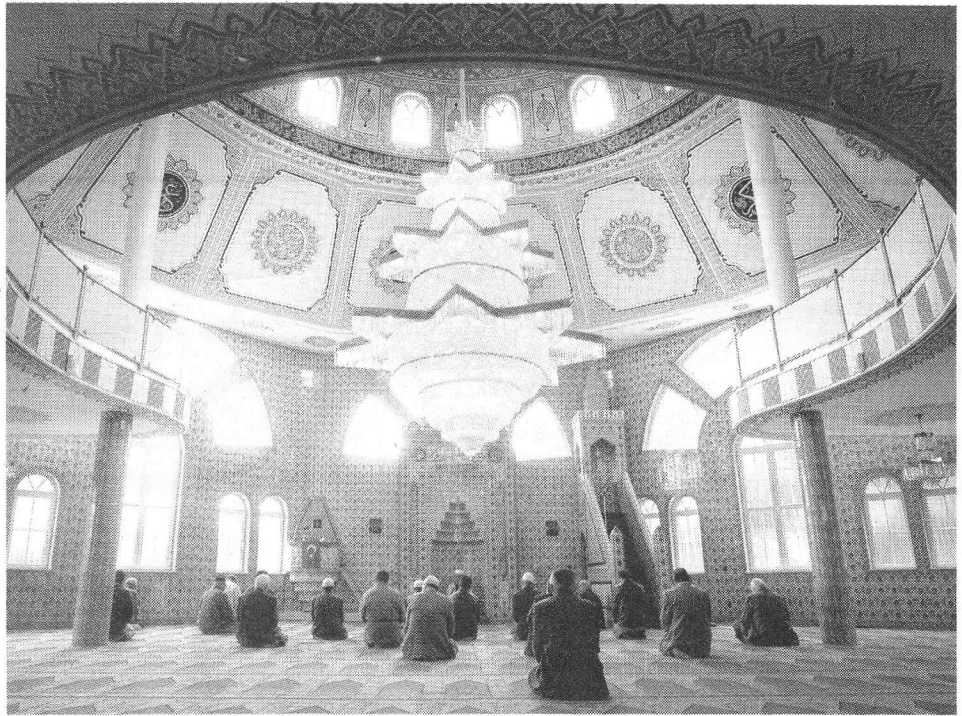
Berlin. 11. November 2009 in Essen-Katernberg. Junis K. schießt Mehmet F. (Namen geändert) in den Fuß, weil dieser schlecht über ihn geredet haben soll. Versöhnungsgespräche der Familien scheitern. 2010 schießt der Bruder des Opfers K. aus Rache ins Bein. Über Monate arbeiten Polizei und Justiz mit muslimischen Streitschlichtern zusammen, um die Straftat zu klären. Am Ende wird Pistolenschütze K. zu neun Monaten auf Bewährung verurteilt. Weil Zeugen vor Gericht nur noch – so die Polizei – „Wischiwaschi“ geredet und die beiden verfeindeten Clans den Fall wohl untereinander geregelt haben.

Von einer „herben Niederlage für die Essener Justiz“ spricht Ex-ARD-Journalist Joachim Wagner in seinem neuen Buch „Richter ohne Gesetz“. Darin schildert er spektakuläre Beispiele dafür, wie muslimische Friedensrichter zunehmend das deutsche Rechtssystem aushebeln – durch außergerichtliche Streitschlichtung.

»Strafverzicht
gegen finanzielle
Entschädigung
hat Tradition«

Sie hat in arabischen Kulturkreisen eine 3000 Jahre alte Tradition und basiert auf dem Prinzip: „Strafverzicht gegen finanzielle Entschädigung“.

Nach Wagners Recherchen funktioniert die Schlichtung mitunter nach einem hochbrisanten Strickmuster: Bei einer Straftat schaltet sich ein Schlichter parallel zum Gerichtsverfahren ein und erwirkt, dass Täter und Opfer ihren Streit untereinander regeln. Dann ziehen die Zeugen und Geschädigten



Imame werden in Essen als Streitschlichter eingebunden, um Eskalationen zu verhindern. Foto: Frank Vinken

ihre ursprünglichen Aussagen zurück oder sie bekommen massive Gedächtnislücken. Die deutsche Justiz, so Wagner, stehe dem oft hilflos gegenüber. Selbst Schwerverbrecher kämen nach seinen Recherchen straflos davon.

Gerade in Essen, Berlin und Bremen ist nach Einschätzung des Autors eine Gefahr für den Rechtsstaat erwachsen. Denn dort gebe es kurdisch-libanesischen Clans, für die die Schlichtung eine „Institution“ sei. Bei den Friedensrichtern handelt es sich zumeist um Privatleute ohne juristische Ausbildung. Ihr Erfolg gründe sich auf Ansehen und Macht, meist seien es Familienälteste oder Clanchefs.

Deren Wirken schildert Wagner nicht automatisch negativ: Die Stadt Essen etwa arbeitet mit dem örtlichen Imam und libanesischen Streitschlichtern zusammen –

um Straftaten vorzubeugen und eine Eskalation von Konflikten zu verhindern. Wagner erinnert hier an die Massenschlägerei im Jahr 2005 mit 100 Beteiligten aus zwei Familien. Bei einem Treffen zwischen dem Imam als Schlichter, den Clanchefs und Polizei gab es zwar einen „Friedensvertrag“, doch bei den parallel laufenden Strafverfahren stieß die Justiz an Grenzen. Offenbar war keiner der am Streit Beteiligten an einer strafrechtlichen Ermittlung interessiert.

Gläubiger gekidnappt

Mitunter, so Wagner, erfahre die deutsche Justiz von Verbrechen überhaupt nichts, weil die Beteiligten die Sache untereinander regeln. Wagner berichtet von einem Schuldner, der 40 000 Euro nicht zurückzahlen kann. Der Gläubiger habe ihn kidnappen und

foltern lassen. Nachbarn alarmierten die Polizei. Aus Angst habe das Opfer erzählt, die Täter seien seine Retter gewesen. Am Ende sei es zur Einigung gekommen: Der Schuldner habe 20 000 Euro zurückgezahlt. Den Rest habe er behalten dürfen, wenn er auf die Strafanzeige verzichtete. Die deutsche Justiz, so Wagner, habe davon nie erfahren.

Der Autor fordert ein härteres Vorgehen der deutschen Behörden gegen diese „Paralleljustiz“. Dazu müsse man den „Missbrauch“ beim Auskunftsverweigerungsrecht beenden. Es gehe darum, dass Zeugen ihre ersten Aussagen nicht mehr ohne Weiteres widerrufen können, so dass sie bei der Hauptverhandlung wertlos sind, sagt Wagner.

Joachim Wagner: *Richter ohne Gesetz*. Econ-Verlag 2011, 240 Seiten, 18 Euro.

Minister warnt vor Rechtsbruch

Staatsanwälte in NRW kennen das Problem, aber vieles findet in einer Grauzone statt

Berlin/Düsseldorf. NRW-Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) warnt islamische Friedensrichter vor Rechtsbruch. „Die Zuständigkeiten und Befugnisse der deutschen Strafverfolgungsbehörden und Gerichte sind uneingeschränkt zu gewährleisten“, sagte Kutschaty der WAZ. Den Staatsanwaltschaften seien „wenige Einzelfälle“ bekannt geworden, in denen muslimische Streitschlichter eingegrif-

fen hätten. Wie verbreitet eine außerjustizielle Streitschlichtung in muslimischen Milieus tatsächlich sei, lasse sich schwer abschätzen, sagte Kutschaty weiter. Dem Integrationsministerium dagegen ist kein Fall von „Schattenjustiz“ bekannt.

Der justizpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Jerzy Montag, ist nach eigenen Worten „kein absoluter Gegner“ der Friedensrich-

ter. Gegen Streitschlichtung sei nichts einzuwenden. „Es geht aber gar nicht, wenn Friedensrichter das Strafrecht der Justiz aushebeln“, sagte Montag.

Beim Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW wisse man nichts von islamischen Paralleljustizsystemen und Friedensrichtern, sagte der stellvertretende Vorsitzende Joachim Lüblinghoff. Anders der Pressesprecher der Staats-

anwaltschaft Essen, Wilhelm Kassenböhrer: „Von diesem Problem wissen wir natürlich.“ Beweise gebe es zwar nicht, doch das Verhalten einiger Zeugen, etwa die Rücknahme der Anzeigen oder die Veränderung der ursprünglichen Aussage, deute auf „stattgefundene Einigungsgespräche zwischen den beteiligten Gruppen im Hintergrund“ hin. Das sei „wiederholt“ vorgekommen. **MaiS/goe/daf**

Islamische Paralleljustiz

Millionen Integrierte

Birgitta Stauber-Klein

Natürlich ist es nicht zu leugnen: Ja, es gibt Libanesen in Deutschland, denen es gelingt, sich dem Staat zu entziehen. Familien, in denen die Schulpflicht missachtet wird und in denen eine Erziehung der Kinder kaum stattfindet. In denen, wie es jetzt der Journalist Joachim Wagner beschreibt, eigene Gesetze herrschen.

Für rechtslastige Populisten sind solche Parallelgesellschaften ein gefundenes Fressen. Dort findet sich wohl alles, was sich ausschachten lässt, wenn es darum geht, gegen Ausländer Stimmung zu machen.

Keine Frage: Der Staat muss respektiert und nicht unterlaufen werden. Darauf muss er achten – wenn es sein muss, auch mit Druck und Gesetzesänderungen. Es ist sicher auch verdienstvoll, mit Recherchen auf die Missstände hinzuweisen und entsprechende Forderungen zu stellen.

Und doch, bei aller Aufregung, sollte der Grundsatz gelten: Lasst die Kirche im Dorf. Sonst schafft es eine kleine Gruppe, die gelungene Integration von Millionen Menschen aus dem asiatischen, arabischen und afrikanischen Raum zunichte zu machen. Ohnehin wird über diese Leistung viel zu wenig berichtet – und deshalb auch geredet.